

AfD

Abgeordnete warnen vor russischer Spionage durch die AfD

Mehrere Bundestagsmitglieder befürchten, dass AfD-Abgeordnete Geheimsachen an Russland durchstechen könnten. Auch gebe es Hinweise, dass Russland AfD-Inhalte verbreite.

13. Februar 2024, 14:10 Uhr Quelle: DIE ZEIT, dpa, iyf



Laut dem CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter wirke die AfD "in Deutschland als verlängerter Arm Russlands". © Pond5 Images/imago images

Politiker von Grünen [<https://www.zeit.de/thema/gruene>], FDP [<https://www.zeit.de/thema/fdp>] und Union [<https://www.zeit.de/thema/unionsfraktion>] haben die Diskretion und Loyalität von AfD-Abgeordneten [<https://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>] gegenüber Deutschland infrage gestellt. "Für die AfD ist die Alternative für Deutschland das autokratische Russland", sagte der Grünenpolitiker Konstantin von Notz.

"Es steht zu befürchten, dass die Nähe auch von Mandatsträgern der AfD zu den Diktaturen wie Russland [<https://www.zeit.de/thema/russland>], China [<https://www.zeit.de/thema/china>], Syrien [<https://www.zeit.de/thema/syrien>] und Nordkorea [<https://www.zeit.de/thema/nordkorea>] nicht nur eine ideologische ist." Abgeordnete seien auch ohne Sicherheitsüberprüfungen berechtigt, mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen umzugehen, sagte der stellvertretende Fraktionschef und

Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums von Notz.

AfD als "verlängerter Arm Russlands"

Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter sagte, die AfD wirke "in Deutschland als verlängerter Arm Russlands" und als Instrument der hybriden Kriegsführung. "Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch Abgeordnete oder deren Mitarbeiter, die Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen haben, solche Informationen weitergeben."

Zudem gebe es Hinweise, dass die russische Botschaft AfD-Inhalte verbreite. "Eine mögliche Spionage ist insofern nicht ausgeschlossen und kann nur durch Sensibilisierung und Prüfung der Nachrichtendienste verhindert oder unterbunden werden", sagte Kiesewetter.

AfD

Mehr zum Thema

Z+ **Junge Menschen und Rechtsextremismus Faschismus, aber trendy**

[<https://www.zeit.de/zett/politik/2024-02/junge-menschen-rechtsextremismus-afd-aufstieg>]

Rassismus in Ostdeutschland Wohnen Sie in Ostdeutschland und erleben Rassismus?

[<https://www.zeit.de/zett/2024-02/rassismus-ostdeutschland-afd-rechtsextremismus-aufruf>]

Z+ **AfD in Anzeigenblättern Einwurf von rechts**

[<https://www.zeit.de/2024/07/afd-anzeigenblaetter-ostdeutschland-werbeflaeche-neues-gera>]

Zuerst hatte das *Handelsblatt* berichtet. Aktueller Hintergrund ist unter anderem eine abgewiesene Eilklage der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative gegen die Einstufung [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-02/verfassungsschutz-darf-afd-nach-wuchs-als-rechtsextrem-einstufen>] als gesichert rechtsextrem durch den Verfassungsschutz. Mehrere Politiker anderer Parteien hatten Bedenken wegen der Mitgliedschaft des JA-Vorsitzenden Hannes Gnauck [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-02/afd-jugendorganisation-hannes-gnauck-verteidigungsausschuss-bundestag>] im Verteidigungsausschuss geäußert. Die AfD-Bundestagsfraktion nahm auf Anfrage zunächst nicht Stellung.

"Kenntnis über sensible Sachverhalte, zu denen Extremisten keinesfalls Zugang haben dürfen"

Die Ausschussvorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann richtete vergangene Woche an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die Bitte, sich der Sache anzunehmen. "Die Ausschussmitglieder erhalten Kenntnis über sensible Sachverhalte, zu denen Extremisten keinesfalls Zugang haben dürfen", schrieb die FDP-Politikerin. Zwar fehlten einfache Lösungsansätze. Doch sei "die Sicherheit unseres Landes gefährdet".

Laut einer Recherche des *Spiegels* und des Investigativmediums *The Insider* soll ein ehemaliger Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt Verbindungen zu einem Offizier des russischen Geheimdiensts FSB gehabt haben. Laut zugespielten Chatverläufen tauschte er sich mit ihm darüber aus, wie deutsche Panzerlieferungen an die Ukraine [<https://www.zeit.de/thema/krieg-in-ukraine>] verzögert werden könnten.

Grünenpolitiker von Notz verwies darauf, dass es auch im Fall mutmaßlicher Russland-Spionage eines in Berlin angeklagten BND-Mitarbeiters Berührungspunkte zur AfD gegeben habe. "Auch entsprechende Reisetätigkeiten werfen immer wieder schwerwiegende Fragen auf", sagte von Notz.